

# Beschlussesentwurf: Teilrevision des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindegürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz)

Änderung vom [Datum]

---

Der Kantonsrat von Solothurn

gestützt auf Artikel 24 der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 8. Juni 1986<sup>1)</sup>

nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 28. Februar 2017 (RRB Nr. 2017/372)

beschliesst:

## I.

Der Erlass Gesetz über das Kantons- und Gemeindegürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz) vom 6. Juni 1993<sup>2)</sup> (Stand 1. Januar 2015) wird wie folgt geändert:

### § 3 Abs. 1 (geändert)

<sup>1</sup> Erwerb und Verlust des Kantons- und des Gemeindegürgerrechtes von Gesetzes wegen richten sich nach dem eidgenössischen Bürgerrechtsgesetz vom 20. Juni 2014 (BüG)<sup>3)</sup>, nach dem Schweizerischen Zivilgesetzbuch<sup>4)</sup> und nach diesem Gesetz.

### § 8 Abs. 1 (geändert)

<sup>1</sup> Minderjährige Personen von mehr als 16 Jahren und Personen unter umfassender Beistandschaft können, mit Einwilligung der gesetzlichen Vertretung, selbständig ein Gesuch um Einbürgerung stellen.

### § 14 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 3<sup>bis</sup> (neu), Abs. 4 (geändert)

<sup>1</sup> Ausländische Staatsangehörige können ein Gesuch um Aufnahme in das Kantonsbürgerrecht stellen, wenn sie mindestens vier Jahre im Kanton Wohnsitz hatten, wovon zwei Jahre unmittelbar vor der Gesuchstellung.

<sup>2</sup> Für die Frist von vier Jahren wird die Zeit, während welcher der Bewerber oder die Bewerberin zwischen dem vollendeten 8. und 18. Altersjahr im Kanton gelebt hat, doppelt gerechnet.

---

1) BGS [111.1.](#)

2) BGS [112.11.](#)

3) SR [141.0.](#)

4) SR [210.](#)

# [Geschäftsnummer]

<sup>3</sup> Ist die Bewerberin oder der Bewerber eine eingetragene Partnerschaft mit einer Schweizer Bürgerin oder einem Schweizer Bürger eingegangen, so muss sie oder er bei der Gesuchstellung nachweisen, dass sie oder er:

- a) (*neu*) insgesamt während zwei Jahren im Kanton Solothurn Wohnsitz hatte, wovon mindestens ein Jahr vor der Gesuchstellung; und
- b) (*neu*) seit drei Jahren mit dieser Person in eingetragener Partnerschaft lebt.

<sup>3bis</sup> Die kürzere Frist nach Absatz 3 Buchstabe a gilt auch für den Fall, dass eine der beiden Partnerinnen oder einer der beiden Partner das Schweizer Bürgerrecht nach der Eintragung der Partnerschaft durch eine Wiedereinbürgerung oder durch eine erleichterte Einbürgerung aufgrund der Abstammung von einem schweizerischen Elternteil erwirbt.

<sup>4</sup> Der Wohnsitz in der Schweiz gilt bei der Abreise ins Ausland als aufgegeben, wenn die Ausländerin oder der Ausländer sich bei der zuständigen Behörde abmeldet oder während mehr als sechs Monaten tatsächlich im Ausland lebt. Der Aufenthalt im Ausland oder in einem anderen Kanton für höchstens ein Jahr im Auftrag des Arbeitgebers oder zu Aus- oder Weiterbildungszwecken mit der Absicht auf Rückkehr unterbricht den Wohnsitz jedoch nicht.

## § 15 Abs. 1, Abs. 2 (*neu*)

<sup>1</sup> Ferner haben sich ausländische Staatsangehörige darüber auszuweisen, dass sie

- f) (*geändert*) mit den örtlichen Lebensgewohnheiten vertraut sind und über eine Niederlassungsbewilligung verfügen;
- g) (*neu*) am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung teilnehmen; und
- h) (*neu*) die Integration der Ehefrau oder des Ehemannes, der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners oder der minderjährigen Kinder unter elterlicher Sorge unterstützen und fördern.

<sup>2</sup> Der Situation von Personen, welche die Kriterien gemäss Absatz 1 Buchstaben d, e und g aufgrund einer Behinderung oder Krankheit oder anderen gewichtigen Umständen nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen erfüllen können, ist angemessen Rechnung zu tragen.

## § 28<sup>quinquies</sup> (*neu*)

### *Aufnahme der Stimmberechtigten*

<sup>1</sup> Die Einwohnergemeinden nehmen die Neubürger und Neubürgerinnen sowie die in das Stimm- und Wahlrecht eintretenden Jungbürger und Jungbürgerinnen mit einem Gelöbnis als Stimmberechtigte auf.

<sup>2</sup> Sie können dafür einen besonderen Anlass vorsehen.

<sup>3</sup> Die Teilnahme an der Gelöbnisabnahme oder am besonderen Anlass ist freiwillig.

## § 34 (*neu*)

### *Übergangsbestimmung zur Teilrevision vom Datum Beschluss Kantonsrat*

<sup>1</sup> Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingereichte Gesuche werden bis zum Entscheid über das Gesuch nach den Bestimmungen des bisherigen Rechts behandelt.

**II.**

*Keine Fremdänderungen.*

**III.**

*Keine Fremdaufhebungen.*

**IV.**

Die Gesetzesänderung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Solothurn, ...

Im Namen des Kantonsrates

Urs Huber  
Präsident

Fritz Brechbühl  
Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt dem .... Referendum.